



Zusammenstellung Fotoprotokoll

Impulstag Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention im Kanton Zürich
29. Januar 2019, Volkshaus, Zürich

Rückmeldungen Handlungsbedarf

Wie kommen die Ergebnisse der Studie bei uns an?

- Keine Überraschung (2mal genannt); bestätigt subjektive Wahrnehmung; Bestätigung der vorhandenen Erfahrungen (Verkehr, Zugänglichkeit vs. Kommunikation u.a.; Situation der kog. und psych. Beeinträchtigten)
- Negativ überrascht über die Ergebnisse der Studie
- Mängel aufgedeckt
- Realitätsnah
- Der Mensch steht im Mittelpunkt, mit den verschiedenen Bedürfnissen
- Synthese, bereichsübergreifend
- Tabuthemen sind nicht berücksichtigt
- Differenzierte und konkrete Empfehlungen
- Eindruck, mehr kurzfristige Massnahmen
- Studie zeigt grossen Handlungsbedarf als Flashlight auf
- Unterschiedlicher Handlungsbedarf je nach Thema
- Querschnittsthemen werden sichtbar, insbesondere in Verwaltung
- Diversität der Zielgruppen wird aufgezeigt. Wirkung geht über Zielgruppe hinaus
- Pos. Deutlichkeit des Themas Arbeit + Wohnen
- Überrascht hat Umsetzungsstand in der Bildung trotz Behig-Artikel
- Zusammenarbeit
- Kosten für Umsetzung
- Kosten-Nutzen wurde nicht betrachtet: hat Vor- und Nachteile
- Gesetzliche Grundlagen fehlen
- Spannungsfeld gesetzliche Grundlagen vs. Umsetzung
- v.a. juristische/gesetzgeberische Defizite. Was davon hat reale starke Auswirkungen auf Lebensqualität?
- Können Mängel mit Gesetzesnormen wirklich behoben werden?
Zum Beheben von Mängeln braucht es Ressourcen, Sensibilisierung, Bereitschaft der Gesellschaft zur Umsetzung, Koordination(sstelle)
- Politische Notwendigkeiten?
- Technische Notwendigkeiten als Aufgabe der verschiedenen Stellen
- Wenig Projekte (Legitimierung durch Rahmengesetz; 5-6 Jahre nochmals warten?)
- Orientierung: Aufbruchstimmung
- Öffnung des Themas nach aussen
- Breite Abstützung / Akzeptanz der Anliegen (nur positive öffentliche Reaktionen auf Publikation)
- Bereits erste Taten: schnelle Einsetzung Koordinationsstelle (2mal genannt)
- Handlungsmodus jetzt

Inwieweit zeigt die Studie den aus unserer Sicht notwendigen Handlungsbedarf zur Umsetzung der UNO-BRK auf? Was sollte prioritär angegangen werden?

- Zusammenspiel aller Bereiche, Priorisierung daher schwierig/heikel
 - Von oben Bewusstsein, gesellschaftliche Verantwortung, Mut, Initialzündung
 - Von unten das kämpferische Engagement
 - Von Erfahrungen profitieren (z.B. Passbüro, Schulung Flughafenangestellte, kommunale Vorreiterrollen, z.B. Uster); Vertiefungsanlass verwaltungsintern
 - Informationen über aktuelle Entwicklungen in alle Richtungen (Hürden abbauen)
 - Plattform: „Best practice“, Toolbox, Impulse
 - Jeder prüft in seinem Bereich, was bereits möglich ist, was es noch braucht
 - Angemessene Vorkehrungen: prüfen, was möglich ist
 - Pilotprojekte sollen in verschiedenen Handlungsfeldern gestartet werden
 - Pilot: schnell Wirkung generieren, Erfolgsgeschichten, „erlebbar machen“
 - Präferenz für „Tun“
 - Wirkungsmonitoring
-
- Vernetzung (3mal genannt), Kooperation
 - Koordinationsstelle (2mal genannt); Schnittstellen; Koordinationsaufgabe ist über alle Direktionen nötig (Präsidial!); Kompetenzen beschreiben
 - Zusammenarbeit von Kantonen und Gemeinden
 - Bund und Kantone: Synergien beachten
 - Schnittstellen: Verwaltung, Wirtschaft, externe Stellen
 - Schnittstellen und Aufgabenbereich klären
 - Schnittstellenmanagement notwendig
 - Die Ebenen (Verantwortung) müssen identifiziert werden, z.B. Bund, Kanton, Gemeinden, Private (Banken, Dienstleistungen)
 - Wer soll genau in die Pflicht genommen werden? Staat? Private? Ist Ressourcenfrage
 - Plattform z.Bsp. für kleine Gemeinden
-
- Einbezug Betroffener als Expert_innen (5mal genannt); Selbstvertretung (Befähigung); von Expertise profitieren; Partizipation; Finanzierung dieses Engagements
 - Gesamtgesellschaftliche Herangehensweise (z.Bsp. ältere Personen, Kinder etc.); Paradigmawechsel: Nicht fürsorglicher Ansatz für Menschen mit Behinderung. Es muss für alle stimmen (Alle profitieren von Barrierefreiheit, z.B. Abstimmungsunterlagen, Menschen im Alter, Familien mit Kleinkindern)
 - Inklusion als gesamtgesellschaftlicher Auftrag
 - Erkennen der Chancen von Diversität/Vielfalt
 - Nutzen sowohl gesamtgesellschaftlich als auch individuell
 - Mainstreaming: Arbeitsplätze, Stadtentwicklung, Beratungsstellen
 - Wertediskussion
 - Betroffenheit auslösen

- Sensibilisierung (5mal genannt) sämtlicher Ebenen der Gesellschaft/Bevölkerung, Wissen, Sichtbarmachen
 - Bund und Kantone haben zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung beizutragen
 - Qualifizierung des Fachpersonals, z.B. Schulen
 - Arbeit (4mal genannt): Kanton/Stadt soll Vorbild sein als Arbeitgeberin (Stellen für Menschen mit Behinderung; Spannungsfeld Effizienz vs. Diversität/Menschenfreundlichkeit)
 - Kantonale Verwaltung soll Arbeitsstellen für Menschen mit Beeinträchtigung zur Verfügung stellen
 - Arbeitswelt kann/könnte Potenzial vermehrt/besser nutzen; HR-Strategie öffentliche Hand; positive praktische Beispiele aus der Arbeitswelt
 - Bedürfnis nach Teilzeitarbeit; Bedürfnis von mehreren Gruppierungen
 - Dienstleistungsangebote für Betroffene durchlässiger machen
 - Selbständigkeit
 - Teilhabe, konkret: Nachteilsausgleich
 - Chancengleichheit (Bildung, Arbeit, Wohnen, Freizeit)
 - Barrierefreiheit
 - Chance Motion Subjektfinanzierung (Gesetzgebungsbedarf nutzen)
 - Kosten für Unterstützungsangebote müssen transparent (sichtbar) und differenziert sein (einzeln aufgelistet)
 - Schule/Bildung (4mal genannt) als Schlüssel inkl. Finanzierung
 - Wohnen (3mal genannt)
 - Familie (2mal genannt), Sexualität, Gestaltung Familie durch Betroffene
 - Gesundheitswesen (nahe am Menschen, hoher Bedarf)
 - Kommunikation (4mal genannt); Zugänglichkeit von Informationen (2mal genannt), zugängliche Webseiten ZH, „Ämtercheck“ auf allen Staatsebenen: Reglemente, Broschüren, Weisungen; Zugänge für alle, Bildung als Anfang mit grosser Auswirkung auf sämtliche Bereiche (≠ einfach Rente); lösungsorientiert, „leicht machen“, Vorteile für alle
 - Anerkennung Gebärdensprache / Bilingualität (rechtlich übergreifend verankert, aber nicht heruntergebrochen, ≠ finanz. Sicherheit)
 - Zugänge für Gehörlose überall (z.B. Sozialberatung Gemeinde); finanziert durch Fachstelle und/oder Budget für Dolmetschende
 - Nachteilsausgleich nice-to-have?
-
- Braucht es ein Rahmengesetz? Vorhandenes nutzen! (- Akzeptanz, + Budget)
-
- Es braucht Budget für die Umsetzung, sonst werden Erwartungen geweckt ohne Umsetzungsmöglichkeiten
 - Finanzierung: Klarheit, zugängliche Informationen, Zuständigkeiten
 - Finanzierung braucht rechtliche Grundlagen
 - „Zahlen“ als Gerüst (Trump Mauer 5 Mio)
 - Geld

Wo sind ggf. Ergänzungen nötig?

- Tabuthemen sind nicht berücksichtigt: 2. Studie?
- Vision vom Kanton: Nicht nur Papier und Stellen
- Assistenz, Subjektfinanzierung
- Thema Assistenz fehlte
- Sensibilisierung + „Angst“ vor Aufwand
- Accessibility-Steuer-Prozent
- Fachstellen (Bau usw.) / Daten auswerten
- Selbstverständlich in politischen Gremien
- Menschenrecht
- Gibt es einen besseren Begriff als „Aktionsplan“?

Aktionsraum «Aktionsplan»

Das fehlt uns

- Sparringspartner_innen
- Prozessbegleitung
- Inklusionsbegleitung/-beratung
- Wie schaffen wir die Legitimierung (Kantonebene)

Empfehlungen

- Mit Ansätzen und konkreten Ideen rein gehen („das Rad nicht neu erfinden“)
- Standards
- Aktionsplan Kanton Zürich, auch als Vordenker_innen für andere Kantone (Know-how-Transfer)
- Gemeinden frühzeitig ermuntern, einbeziehen und bei eigenen Aktionsplänen unterstützen
- Jede_r von uns ist Vorbild und kann sich eine Aktion „vornehmen“

Das nehmen wir mit!

- Politische Unterstützung
- Grundsatz: Nur das, was wir tun können, gehört in unseren Aktionsplan
- Partizipation + Steuerung (Elemente Projektmanagement)
- Breit Leute mitnehmen und einbeziehen
- Vorbild: Vielfalt an Aktionsplänen (z.B. aus Deutschland)
- Gute Beispiele (aus anderen Ländern)
- Wir (Einrichtung) machen es einfach
- Vision (muss doch „von Anfang an“ von 0 entwickelt werden)
- Kleine Brötchen backen
- Legitimierung durch Regierung
- Entwicklung, kontinuierliche Verbesserung
- Weiterdenken – Aktionspläne auf verschiedenen Ebenen
- Es geht! Kurzfristige Vernetzung auf vielen Ebenen, dann: in die Gesellschaft gehen

Massnahmen

- Bewusstseinsbildung mit Werbeaktionen, Spots, Symbolen, z.B. in S-Bahnen, Plakate, vorhandene Filme zeigen
- Kanton Zürich ermittelt und erhöht Anteil Beschäftigung behinderter Menschen
- Kultur: Vernetzung und aktive Einbeziehung verschiedener Kulturangebote (z.B. Theater) von Gruppen behinderter Menschen
- Kommunikation: Informationen (Rechte, Alltägliches) barrierefrei machen (Internet, Papier, Gebärde, soziale Medien)
- Koordinationsstelle muss bekannt werden und Vernetzung sicherstellen
- (bezahlte) Stelle(n) für Selbst-Betroffene in der Koordinations-Stelle
- Selbstvertreter_innen von Anfang an einbeziehen

Aktionsraum «Arbeit/Beschäftigung»

- Vorkehrungen!
- Persönlicher Bezug
- Gesellschaftliche Verpflichtung
- Menschen mit Behinderung ausnehmen aus Stellenplan
- Anreize für kantonale Verwaltung!
- Beratungs-/Anlaufstelle beim Personalamt
- Arbeitgeber ins Boot holen
- Alle haben Recht auf Arbeit/eine Aufgabe: Sensibilisierung der Gesellschaft, Arbeitgebende, Teams
- Freie Wirtschaft: Anreize für Case-Management, um Plätze zu erhalten / Anreize, um Inklusion zu ermöglichen
- Risikoabsicherung für AGs
- Interne Ressourcen bei AGs nötig auch für Schulung
- Supervision für AGs
- Zusammenarbeit mit Ärzten/Job-Coaches
- Talente/Stärken erkennt man in der Praxis
- Ressourcenorientierung nicht Defizitorientierung
- Matching-spezialisierte Jobbörse (Inklusionsarbeitsplätze, mitschaffe.ch)
- „inklusives“ Rekrutierungsverfahren
- Kein IV-Verlust bei Arbeitsversuch

Aktionsplan

- + politischer Wille!
- + Erfolge feiern: Kommunizieren
- + Subjektfinanzierung auf Arbeit bezogen: neue Möglichkeiten!
- + Leute mit Engagement! „Kümmerer“
- ? nur körperlich Behinderte?
- + Vernetzung
- + Öffentlichkeit schaffen, Normalisieren
- + Emotionen, Symbolik (Stabübergabe)
- + einfache Beispiele: kommunizieren

Aktionsraum «Bildung»

Beitrag O. Miles-Paul

- Blick über die Grenze machen!
- Feiern!
- Beeindruckend: Finanzen ausgeblendet
- Starke Führung, Charisma, Schlüsselpersonen
- Unkonventionell

Vision

- Bildung orientiert sich an den Interessen, Stärken und Potential der Kinder: alle verlassen die Schule mit einem Gefühl von Erfolg
- Integrative Schule für ALLE, individualisiert
- Lerninteresse erhalten
- „Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht.“
- Bildung trägt Digitalisierung Rechnung: keine neuen Barrieren
- Auch psychosoziale Behinderung beachten
- Bildung und Integration beginnen vor Schulbeginn und es geht nachher weiter
- Lehrpersonen sind für diese Vision befähigt auf allen Stufen

Ziele und Massnahmen

- Inklusive Kitas
 - Best practice multiplizieren
- Barrierefreie Elki-Angebote
 - Gebäude
 - Gebärdensprache, leichte Sprache, ≠ Deutsch
 - 2-Sinnes-Prinzip
 - Eltern und Kinder mit Behinderungen sind willkommen
- Wahlmöglichkeiten
 - Flexible Unterstützungsangebote
- Barrierefreiheit
 - Thema bei Architekten, Informatikerinnen, Gesundheitsberufen, Management-Weiterbildung: in allen Ausbildungen
- Barrierefreie Lehrmittel
 - Vorgabe für Lehrmittelverlag
 - Servicezentrum
- Individualisierter Unterricht
 - Lehrerbildung, Weiterbildung B+U
- Übergänge sichern / Spezifische Berufsberatung und Lehr-/Arbeitsstellen (Lehrstellenplattform Procap)
 - Nachteilsausgleich
 - Informationsfluss an Übergängen
 - Im Lehrstellennachweis Lehrstellen für Jugendliche mit Behinderung kennzeichnen
 - Quote: Kanton
 - Digitalisierung nutzen

- IV bremst zu oft, ist zu langsam!
- Umsetzung sichern
 - Beobachtungsschwerpunkt Fachstelle für Schulbeurteilung: UNO-BRK
- Gezielte finanzielle Mittel
 - Subjektgebundene Mittel prüfen
- Koordinationsgruppe (amtsübergreifend)
 - Ansiedeln bei Bildungsplanung
 - Einbezug Wirtschaft
 - „Checkliste“
 - Ombudsstelle für Betroffene
- Bereitschaft Lehrpersonen zur Aufnahme von Kindern mit Behinderung

Aktionsraum «Gesundheit»

Referat

- (Def.) Gesundheit fehlte ≠ Behinderung
- Netzwerk / Schulung
- Wenig Sensibilisierung im Gesundheitsbereich (Gesundheitsberufe / Sozialdienste: Praktikum)
- Thema Prävention nicht erwähnt (Sport / Bewegung)
- Psychische Behinderung?

Ziele

- Selbstbestimmung? Individuen, Gesellschaft, Politik: Grenzen?
- Sensibilisierung (wenig vorhanden)
- Klärung Zuständigkeiten

Massnahmen

- Rechtliche Grundlagen
- Prävention: kritische, ganzheitliche Betrachtung Folgen!!!
- Sensibilisierung
- Öffnung Institutionen im weitesten Sinn
- Bewilligung Institutionen: Zertifizierung, Weiterbildung
- Zusammenarbeit: neue Angebote!
- Assistenz im Spital: mitbringen!
- Referat O. Miles-Paul: Barrierefreiheit Spital/Arztpraxis ≈ Psychiatrie: Vermeidung Drehtür
- Beispiel BS: Spital / Behandlung, leichte Sprache / =Ärzte

Aktionsraum «Kultur/Freizeit/Sport»

Ziele

- (Kultur-/Sport-/Breitensport-)Vereine sind sensibilisiert und arbeiten inklusiv, ganz normal!
- Spezialisierte Vereine ergänzen Angebot für alle und sind im regen Austausch (v.a. Sport: PluSport)

Prioritäre Massnahmen

- Vernetzungstreffen zwischen Behindertensportclubs und Sportvereinen und Sportamt, v.a. für Nachwuchsförderung (IGs)
- Inklusionscoach unterstützt Vereine
- Gemeinsame Sportanlässe mit Sensibilisierungsangebot (Möglicherweise mit Versuch Rollstuhlbasketball)
- (Erhebung) Hindernisfreie Infrastruktur z.B. Garderoben in Turnhallen, nicht nur Publikumsbereich)
- Förderbeiträge Kanton an Bedingung Zugänglichkeit koppeln / Anreize 10% mehr Beiträge wenn... / Sanktionierung
- Checkliste Barrierefreiheit für Veranstalter (vgl. Merkblatt Stadt Zürich)
- Inklusionslabel (inklusionsfreundlich)
- Bekanntmachung und Sensibilisierung: Rolle der Medien (im Vorfeld, Berichterstattung)
- Good Practice: KaPo-Anlass für Kinder mit geistiger Behinderung

Aktionsraum «Mobilität/Bau/Infrastruktur»

Vortrag O. Miles-Paul

- Bewusstsein in Bevölkerung fördern
- Persönliches Engagement / Begeisterung von Herrn Miles-Paul
- Mal beginnen ist wichtig
- Nicht nur fordern, sondern auch positive Beispiele aufzeigen
- Ideen rasch umsetzen
- Prozess weiterentwickeln

Ziele

- Know-How bei Planern und Behörden verbreiten
- Gesuchsprüfung institutionalisieren
- Interpretationsspielraum der SIA 500 durch Fachleute prüfen
- Autonome Benutzbarkeit sicherstellen

Massnahmen

- Planer und Behörden schulen (analog zu Brandschutzvorschriften)
- Technischen Fortschritt richtig nutzen, z.B. Tickets öV
- Geeignete Infrastrukturen bekannt machen

Aktionsraum «Zusammenleben/Wohnen»

Aktionsplan

- Alles muss möglich sein: alles umsetzbar
- Wirkung des Aktionsplans: Erfolge feiern / wohin Reise geht
- Umsetzbar in 3-5 Jahren: Konkrete Massnahmen, positive Beispiele
- Überraschungsfaktor: vieles übertragbar
- Stützt sich auf Bedürfnisse und die sind gleich
- Problematik (Kantonal ≠ Präsidial): daher Vernetzung funkt./Komm.

Ziele

- Geld folgt der Person
- Wahlmöglichkeiten Wohnform und Begleitung
- Niederschwellige Zugänge
- Alle haben Zugang zu Assistenz
- Individuellen Settingsbedarf beachten
- Flexibilisierung
- Steuerung von Angeboten
- Institution als Dienstleister
- Paradigmenwechsel
- Inklusion im Bereich Wohnbau als bewusster Entscheid: Selbstverständnis Investoren / gute Wohnformen aufzeigen und nach aussen tragen
- Qualitätssicherung

Konkrete Massnahmen

- Mentoring
- Genossenschaften
- Betroffene stellen Leistung individuell zusammen
- Wie schafft man es, private Wohnungsbauer ins Boot zu holen?
- Risikominimierung, um Bereitschaft zu Erhöhung / Sicherheit
- Nachbarschaftshilfe fördern
- Ausbildung von Begleitpersonen (Was brauchen Menschen, die Menschen begleiten)
- Infos über Ansprüche/Angebote (Zugänglichkeit)
- Besitzstandswahrung überdenken
- Klären der Finanzierung Mobilität (Angebot da, aber Kosten): Subjektfinanzierung
- Assistenz für Menschen mit komplexer Beeinträchtigung: Lohn für Fachperson sollte möglich sein
- Beratungsangebot zur Organisation Administration der Assistenz bei Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung als Voraussetzung

Aktionsraum «Politische Teilhabe/Gesetzgebung»

- Evaluation der vorhandenen gesetzlichen Grundlagen (BV Art. 8 u.a.)
 - Schnittstellen-Bereinigung
 - Mängel/Fehlendes eruieren, sichtbar machen; Lücken füllen
- Parallele Vorgehensweise
 - Einbezug Sozialversicherung
 - Rahmengesetz? / Rahmenvereinbarung? / Leitfaden?
 - Kantonale Koordinationsstelle: Umsetzungs-/Qualitätskontrolle, Finanzierungssicherheit
- Förderung/Verstärkte Integration in das (passive) Wahlrecht
 - Zur Verfügungstellung von Unterstützungsmassnahmen (z.B. Gebärdensprach-Dolmetschende und Assistenz): Finanzierung?
 - E-Voting

- Sensibilisierung zur verstärkten Lobbying von Interessen/Betroffenen Gemeinschaften (?)
- Barrierefreie Kommunikation

Aktionsraum «Zugänglichkeit»

Aktionsplan

- Politische Vernetzung
- Regierungsrat ins Boot holen
- Partizipation der Betroffenen und Angehörigen
- 2. Studie (Alter, psychische Behinderung, kognitive Beeinträchtigung)

Bau / Infrastruktur

- Hindernisfreie öffentliche Bauten
- Hindernisfreie öffentliche Verkehrsmittel
- Hindernisfreie sanitäre Anlagen im öffentlichen Raum: einfach zugänglich
- Zugang zu privaten Bauten (Restaurant, Warenhäuser, Kulturlokale)
- Öffentlicher Wohnungsbau hindernisfrei

Kommunikation / Information

- Mehr 2-Sinnes-Prinzip (Sehen und Hören)
- Verstehen: einfache Sprache, adressatengerechte Sprache, Piktogramme
- Digitaler und analoger Zugang
- Recht auf Information als Voraussetzung für Wahlfreiheit
- Zugang zu Websites

Massnahmen

- Bewusstsein schaffen
- Planung für alle; bei Neubauten in privatem Besitz Umsetzung hindernisfreies Bauen
- Ziele und Vorgaben für Kanton
- Gesetzliche Grundlagen für „alle“
- Information für alle
- Fixe Budgetposition für UNO-BRK
- Schaffung eines Fonds für UNO-BRK
- UNO-BRK-„Rat“ schaffen für Partizipation (offizielle Anbindung)
- Ranking / Bewertungen (analog TripAdvisor)

Aktionsraum «Existenzsicherung»

Ziele

- Zugang zu finanzieller Unterstützung vereinfachen
- Erhebung von belastbaren Daten von Menschen mit Behinderung ohne genügende Existenzsicherung
- Definition Mensch mit Behinderung: individueller Rechtsanspruch
- Analyse Finanzierungsquellen: Handlungsspielraum Kanton Zürich